

Hauptausschuss
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
12. September 2019 in Berlin
Eröffnung und Begrüßung
durch Präsident Johannes Fuchs

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren,

ich begrüße Sie zu unserer diesjährigen Hauptausschusssitzung hier in der Vertretung des Freistaats Sachsen beim Bund. Seien Sie alle herzlich willkommen!

Zunächst darf ich mich beim Hausherrn, dem Bevollmächtigten des Freistaats Sachsen beim Bund, bedanken: Sehr geehrter Herr Staatssekretär Weimann, ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir bereits zum zweiten Mal in Folge mit unserer Hauptausschusssitzung bei Ihnen in der Landesvertretung zu Gast sein dürfen!

Letztlich freue ich mich sehr, unsere Kandidaten für die heutige Verleihung der Ehrenplakette des Deutschen Vereins, Prof. Dr. Georg Cremer und Dietmar Grajcar, in unserer Mitte willkommen zu heißen!

Ein herzliches Willkommen gilt auch traditionsgemäß den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und kommunalen Spitzenverbände, den Repräsentanten der Freien Wohlfahrtspflege und den privaten Anbietern sozialer Dienste, den Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Länder, den Repräsentanten der Wissenschaft und Gerichtsbarkeit, ja letztlich Ihnen allen, den Mitgliedern unseres Hauptausschusses und interessierten Gästen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

steigende Mieten, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit sind ebenso drängende wie herausfordernde Themen. Mit ihrer vielschichtigen Dramatik sind sie längst kein Randphänomen mehr. Im Gegenteil: Sie erreichen mehr und mehr die Mitte der Gesellschaft. Das wird mir bewusst, wenn ich auf meine Heimat, die Metropolregion Stuttgart schaue. Es handelt sich um eine soziale und sozialräumliche Problemstellung, die im Verdichtungsraum, ebenso wie in den peripheren ländlichen Räumen anzutreffen ist.

Wir haben deswegen ganz bewusst sowohl unsere diesjährige Mitgliederversammlung vom Juni stattgefunden als auch die heutige Hauptausschusssitzung unter das große Motto „Wohnen als soziale Frage“ gestellt.

Übrigens ein Blick in die Annalen erinnert daran:

Die Wohnungsfrage hat den Deutschen Verein seit seinen Anfängen – vor fast 140 Jahren – bis heute immer wieder beschäftigt.

Schon in den Jahren 1893 bis 1895 hatte sich der Deutsche Verein das Thema „Fürsorge für Obdachlose“ auf die Agenda gesetzt.

Es war auch seinerzeit eine komplexe Problematik: Sie betraf sowohl die Wohnungsnot der armen Bevölkerung in den industriellen Zentren als auch die Situation zahlreicher Wanderarbeiter, die auf der Suche nach Arbeit von Ort zu Ort zogen. Letztere konnten wegen Bettelerei und „Landstreicherei“ bestraft und bis zu zwei Jahre in ein „Arbeitshaus“ eingewiesen werden.

Auch der Deutsche Verein differenzierte damals zwischen „seßhaften“ Obdachlosen, die unterstützt werden sollten, und „nichtseßhaften“ wandernden Obdachlosen, denen mit Repression zu begegnen war.

Da sind wir inzwischen um einiges fortschrittlicher: Heute ist diese Art von Repression zum Glück kein Thema mehr. Schaut man sich die Debatten von damals an, gibt es gleichwohl einige Parallelen zu entdecken. Auch im ausgehenden 19. Jahrhundert war es ein zentrales Anliegen darin, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. Diskutiert wurde über die öffentliche Verantwortung für den Wohnungsbau, die Rolle von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften, aber auch über die Frage, wie der Bau günstiger Wohnungen für Investoren rentabel gemacht werden kann. Es gab zudem das Bestreben, die Ursachen der Wanderung zu erkennen und präventiv entgegen zu wirken.

Sie sehen, meine Damen und Herren, manche Diskussion der Vergangenheit holt uns in der Gegenwart wieder ein.

Aktuell sind wir erneut mit einer schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt konfrontiert. Die massiven Versäumnisse und Fehlentscheidungen in der Wohnungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte rächen sich jetzt. Bezahlbarer Wohnraum fehlt in der Stadt und vielfach auch auf dem Land. In vielen Städten und Gemeinden wird nach wie vor zu wenig gebaut. Wir ächzen vielfach unter einem überregulierten Bauordnungs- und Planungsrecht. Wir haben zu wenig kreative Modelle der Wohnraumversorgung. Hinzu kommt, dass viele Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Leidtragende sind Menschen in Sozialleistungsbezug oder mit geringem Einkommen, aber auch immer mehr Familien mit Kindern, Alleinerziehende und ältere Menschen mit mittlerem Einkommen. Einige können vorübergehend bei Freunden unterkommen, wenn sie ihre Wohnung verlieren. Viele sind im Ernstfall auf Notunterkünfte angewiesen.

Unter dem Motto „Wohnen als soziale Frage – Menschen in Wohnungsnot“ wollen wir gemeinsam diskutieren, wie Betroffenen in der Notlage geholfen werden kann und welche politischen Weichenstellungen erforderlich sind, um dieser fatalen Entwicklung entgegenzusteuern.

Wichtig ist uns zu verdeutlichen:

Das Recht auf Wohnen ist nicht nur ein zentrales Grundbedürfnis, sondern ein Menschenrecht. Deshalb werden uns heute Fragen beschäftigen wie: Was können und müssen Bund, Länder und Kommunen tun, damit alle Menschen dieses Recht angemessen wahrnehmen können? Welchen Beitrag kann die Freie Wohlfahrtspflege leisten? Wie kann auch die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft verbessert werden? Wohnraumversorgung ist eine interdisziplinäre Herausforderung – ein echtes Querschnittsthema.

Wohnungslosigkeit ist ein Stigma. Viele Betroffene suchen erst spät Hilfe. Welche Hilfsangebote gibt es und wie kann man präventiv tätig werden, damit gerade Kinder und ältere Menschen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden und hierbei in eine soziale Abwärtsspirale geraten?

Immer mehr Menschen werden verdrängt. Als Folge droht soziale Segregation. Was können wir tun, um eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken?

Diesen und weiteren Fragen werden wir uns heute gemeinsam mit Expertinnen und Experten widmen und mit Ihnen diskutieren.

Den Auftakt macht Jutta Henke. Sie ist Geschäftsführerin der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung in Bremen. Auf Basis der Erkenntnisse einer aktuellen Studie zu ‚Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit sowie Strategien zu ihrer Vermeidung‘ wird sie in das Thema einführen.

Einen Praxiseinblick in die Projektarbeit mit Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, erhalten wir von Heinrich Knodel. Er ist Geschäftsführer der Wohnungslosenhilfe im Landkreis Ludwigsburg.

Nach der Mittagspause erwarten uns Impulse und Praxisanregungen in einer Podiumsdiskussion mit

- Jutta Henke, Geschäftsführerin der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung,
- Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.,
- Martin Lenz, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe,
- Prof. Dr. Ulrike Kostka, Diözesancaritasdirektorin und Vorstandsvorsitzende des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. und
- Petra Lotzkat, Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg.

Wie schon bei unserer Mitgliederversammlung, wird auch heute unser geschätztes Präsidiumsmitglied Prof. Dr. Jens Wurtzbacher als Moderator durch den fachlichen Teil führen.

Weiterhin stehen traditionsgemäß die Vereinsregularien und die Verleihung der Ehrenplakette auf der Agenda unserer heutigen Hauptausschusssitzung.

Starten wollen wir zunächst mit dem Bericht unseres Vorstands, Michael Löher. Er gibt uns einen Einblick in die aktuelle Arbeit und wirtschaftliche Lage des Deutschen Vereins.

Herr Löher, Sie haben das Wort!